

# DEUTSCHE BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäder und Verfassgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Magistrasse 6.

Offizielles Organ  
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäder und Verfassgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

## Urabstimmung der Verbandsmitglieder.

Nach §§ 38 und 39 des Statuts hat über folgenden Beschluß des Verbandstages eine Urabstimmung der Mitglieder stattzufinden:

**„Der Beitrag beträgt pro Woche 50 Pfsg. für männliche und 25 Pfsg. für weibliche Mitglieder und Lehrlinge.“** (Von jedem Beitrag sollen den Mitgliedschaften mit von der Hauptverwaltung angestellten Ortsbeamten 5 Pfsg., allen anderen Mitgliedschaften 10 Pfsg. verbleiben.)

Dieselbe muß überall in den Mitgliederversammlungen vorgenommen werden und bis einschließlich 23. April vollzogen sein, so daß das Resultat derselben bis spätestens 25. April in Händen der Hauptverwaltung ist. Später einlaufende Resultate können nicht mehr beachtet werden.

Wer für den Beschluß des Verbandstages ist, stimmt mit ja, wer dagegen ist, mit nein.

Die Formulare zur Einsendung des Resultats sind bereits an die Vorstände der Mitgliedschaften und Vertrauensleute der Einzelmitglieder versandt worden.

Da nach dem Beschluß des Verbandstages die neue Art der Beitragserhebung am 1. Mai d. J. in Kraft treten soll, wolle man nirgends Beiträge für Monat Mai erheben, bis das Resultat der Urabstimmung bekannt ist und neue Marken dazu zum Einkleben in das Mitgliedsbuch in Händen der Mitgliedschaftsvorstände und Vertrauensleute sind, sondern man sorge in erster Linie dafür, daß die Mitglieder alle ihre restierenden Beiträge bis einschließlich April bezahlen, damit dann die alten Marken baldigst eingezogen werden können.

Die Mehreinkünfte durch die Beitragserhöhung sollen nach dem Beschluß des Verbandstages für bessere Ausgestaltung der Verwaltung der Mitgliedschaften, dann zur Verbesserung der Unterstützung, aber in der Hauptsache für Durchführung unserer Lohnkämpfe verwandt werden.

Sollte in der Urabstimmung dieser Beschluß nicht sanctioned werden, so werden nach dem Beschluß des Verbandstages vom 1. Mai bis 30. September 1905 pro Woche und Mitglied 20 Pfsg. und in gleicher Weise vom 1. März bis 30. September 1906 Streifbeiträge erhoben, um die Mittel für unsere Lohnkämpfe aufzubringen.

**Verbandsmitglieder! Besucht alle die noch vor oder zu Osteren stattfindenden Mitgliederversammlungen und gebt Eure Stimme ab!**

**Der Verbandsvorstand. J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.**

### Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Nach den Beschlüssen des Verbandstages sind der bisherige Vorsitzende D. Allmann und der Hauptkassierer Fr. Friedmann wiedergewählt und mit der Führung der Verbandsgeschäfte betraut worden.

Alle Anschriften an die Verbandsleitung und die „Deutsche Bäckerzeitung“ sind an die Adresse zu richten: Vorstand des Bäckerverbandes, Hamburg 23, Magistrasse 6. Geldsendungen sind dagegen zu richten an

Fr. Friedmann, Hamburg 23, Magistrasse 6.

Als Redakteur der „Deutschen Bäckerzeitung“ wurde Kollege D. Freitag-Leipzig und falls derselbe nicht annehmen sollte, J. Heeren-Magdeburg gewählt.

Nähere Bekanntmachung darüber, wann der Redakteur seinen Posten übernimmt, wird in einer der nächsten Nummern in diesem Blatte erfolgen.

Das Protokoll des Verbandstages wird zu Osteren an die Mitgliedschaften verhandt und an die Mitglieder, welche für April ihren Beitrag voll bezahlt haben, unentgeltlich verabschloßt.

Die Mitglieder Dr. Tröls (Wuhn, 197) und Karl Heinrich (Wuhn, 1912) werden erfordert ihre Verpflichtungen an die Mitgliedschaft Mainz zu erfüllen. Mitglieder, denen die Adresse der beiden bestimmt ist, werden erfuhr, dieselbe an Fr. Völle, Mainz, Straßenstraße 3, zu melden.

Die Agitationssummer der „Deutschen Bäckerzeitung“ wird nicht, wie früher angegeben, erst am 22. April erscheinen, sondern bereits

am 15. April als Nr. 15.

Wir ersuchen, überall die nötigen Vorbereitungen zu treffen, daß dieselbe an alle Kollegen, besonders aber an die jungen Kollegen, welche Ostern die Lade verlassen, herberget wird. Die nötige Anzahl Exemplare wird den Verbreitungsläuten zugeföhrt.

Der Verbandsvorstand. J. A.: D. Allmann, Vors.

jeien und daß deshalb die Polizei kein Recht habe, einzelnen Kategorien von Bürgern, nämlich den Streikenden, die Benützung der Straßen und Plätze zu verbieten, so lange keine Verstöße gegen die Straßenordnung oder keine Verhinderung des freien Verkehrs vorgekommen seien. Ebenso lag es mit einem Halle in Nürtori, wo im vorigen Jahre während eines Mauerstreits mehrere Maurer von auswärtigen Kollegen angesprochen und auf den Streif ausweichen möchten, was eben ihr gutes Recht war. Die Leute, die lediglich von ihrem Koalitionstreit Gebrauch machen und ihre Gewerkschaftspflicht erfüllten, belämen ihr landübliches Strafmandat, wurden aber freigesprochen mit der Begründung: die Ruhe und Ordnung sei in leichter Beziehung gestört worden, auch habe sich niemand über die Leute beschwert; wenn die Beamten sie dennoch aufrütteten, wegzuwerfen, dann sei dies nicht gerichtet, weil es die Ruhe, Ordnung und Sicherheit erforderte, sondern lediglich deshalb, weil die Angeklagten Streifposten gestanden hatten; das sei aber ein ungesehlicher Grund, denn das Streifpostenfechten an sich könnte nicht verboten werden. Trotz der guigemeinten Entwände der Staatsanwaltschaft, daß es nicht bewußt komme, ob Störungen der Ordnung vorgekommen seien; sondern daß es genüge, wenn die Schläger eine Störung befürchtet hätten, mache das Kammergericht die Bedenken des Staatsanwalts verlieren, da das Landgericht tatsächlich festgestellt habe, daß die Leute lediglich deshalb fortgewiesen worden seien, weil sie Streifposten waren.

Diese Dreisprechung durch das Kammergericht war nur deshalb möglich, weil letzteres an der tatsächlichen Feststellung der Vorinstanz nichts ändern konnte. Prinzipiell steht das Kammergericht auf einem ganz anderen Standpunkte, wie aus mehreren fürsich ergangenen Entscheidungen hervorgeht. Die betreffenden zur Aburteilung stehenden Fälle lagen alle gleich: die Angeklagten waren in der Nähe des Streifortes Wosto gefangen, die etruskischen Kollegen angeendet und e. f. den Streif aufmerksam gemacht. Dafür waren sie v. den Schützleuten verhaftet und von der Polizeibehörde in Strafe gesetzten worden. Die unteren Gerichte hatten ganz entgegengesetzt gehurrt: einige Gerichte hatten die Angeklagten freigesprochen, andere waren zu einer Verurteilung gelangt, indem sie von der Voransetzung ausgegangen, der Schützmann habe willigemäß gehandelt und die Streifposten lediglich deshalb fortgewiesen, weil er befürchtete, es werde zu Reibereien zwischen Streiken- den und Streifbrechern und dadurch zu Ruhestörungen und Verkehrsbehinderungen kommen. Diese rein willkürliche, durch nichts begründete Befürchtung des Schützmannes genügte also den Gerichten, um den Arbeitern das gesetzlich gewährte Rechtstrich illusorisch zu machen.

Die ganz unlösbaren Auffassung der Gerichte ist der Verteidiger der Angeklagten vor dem Landgericht in folgenden beachtenswerten Ausführungen entgegen: „Wiederum handelt es sich hier um eine jener in der Lust schwelbenden, auf Feindseligkeit bestimmten Verdacht geäußerten Erwägungen, daß es zu Zwischenzischenzen zw. Arbeitswilligen, zu Störungen der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs „hätte kommen können“ und der Schützmann ihnen habe vorbergen wollen. Das paßt aber fast auf jeden Fall des Streifpostenfechens wie auf fast alles Zivilunterschreitungen von Menschen. Es bleibt also hier nur möglich anzunehmen, daß der vermeintliche Zweck der Anforderung des Polizeibeamten nur ein vorgegebener gewesen ist und daß es sich um nichts anderes gehandelt hat, als um ein gesetzwidriges Verbot des Streifpostenfechens an sich. Praktisch läuft jedoch ein Argumentationsbocholten, wie hier vom Landgericht beliebt. Darauf hinzu, das Streifpostenfechten unmöglich zu machen. Es kann doch aber nicht Absehn des Gesetzgebers gerecht sein, mit der einen Hand der Strafpolizei-Beförderung und des § 306 Nr. 10 des Strafgesetzbuches wieder zu nebst an-

### Der Kampf um das Streifpostenfechten.

Von Brücke.

Trotzdem der deutsche Reichstag, die oberste gleichgebende Körperlichkeit, das Verbot des Streifpostenfechens für ungesehlich erklärt hat, leben die Polizeibehörden ihren Feldzug gegen dieses Recht unermüdlich fort, indem sie die auf Streifposten stehenden Arbeiter einfach von der Straße weg verhören, sie standhaft festhalten und dann ebendann noch mit einem Strafmordare beglücken. Hiergegen legen die Betreffenden höchstverständliche Berufung an die Gerichte ein und es kommt nun darauf an, wie die Vereen Richter über den Fall denken. Die Rechtsprechung ist durchaus keine einheitliche und wir haben die widersprechendsten Urteile über das Recht auf Streifpostenfechten.

Nur zunächst einen Fall anzuführen, der für die Arbeiter mit günstigem Ausgang geendet hat: Der Stadtrat in Gera hatte mehrere auf Posten stehende streikende Arbeiter in Strafe geworfen, weil sie „zwecklos auf der Straße hin und hergegangen“ seien. Die dortigen Gerichte haben die Strafmandate auf wie der Begründung, daß die Verordnung des Stadtrats rechtsgültig sei, weil sie die Arbeiter der Bürger beinträchtige und die Entscheidung über das, was zweckloses Hin und Hergehen sei, in das Gewissen der Schützleute falle. Das Oberlandesgericht in Jena hat nun mehr die Stadtrat in voller Kürze gebilligt und die Streikende endgültig freigesprochen. Das Gericht meint, daß die Strafen und gleichen Blöde zur freien Verfügung des Publikums da-



stützungsseinrichtungen seien derart ausgebaut, daß der Bäderverband unter den Gewerkschaften mit obenan stehen. Werde der Vorschlagsvorschlag angenommen, sei auch der Beitrag von 50 % unbedingt notwendig. Der Vorschlag bringe wesentliche Verbesserungen. Extraarbeiten schaffen weit mehr Erbillerung als Beitragserhöhung. Redner kritisierte sodann die vorliegenden Anträge.

Es wird sodann zunächst darüber debattiert, ob der Beitrag erhöht werden soll und ob Massenbeiträge eingeführt werden sollen.

Die Debatte ist eine außerordentlich lebhafte.

Für die Erhöhung der Beiträge erklären sich die Delegierten von Köln, Regensburg, Lübeck, Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Augsburg, Wiesbaden, der Gauvorsteher Heschold-Berlin und Altmann; gegen dieselbe die Delegierten von Saarbrücken, Birkenfeld, Altona, München, Leipzig, Jena, Dresden, Wiesbaden und die Gauvorsteher Lüchow-Hamburg, Hanse-Mannheim, Kahl-Dresden. Der Vertreter von Breslau ist für Beitragserhöhung und Beitragsstaffelung.

Aus der Diskussion sei hervorgehoben die Begründung Altmanns: Unterstellungen seien nur Mittel zum Zweck und hätten sich als solche bestens bewährt. Mit den bisherigen Mitteln lasse sich aber der Hauptzweck, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht in gewünschter Weise durchsetzen. Daher müsse man zur Beitragserhöhung schreiten, wolle man nicht ewig die Kollegen mit Extraarbeiten belästigen. Bergesen dürfe man nicht, daß die Bader die relativ höchsten Arbeitslosenraten hätten, nach sich auch die Unterstüzung richteten.

Gegen die Beitragserhöhung wurden die bekannten Bedenken geltend gemacht: Die Mitglieder in den rückständigen Gegenden seien nicht imstande, die Summen aufzubringen, die Agitation werde durch hohe Ansprüche an die Indifferenzen erschwert und der Verband werde zurückgehen.

Das lebhafte Für und Wider bewegte sich bei geringen Abweichungen in den hier skizzierten Grenzen.

#### M a c h m i t t a g s - S i z u n g .

Nachdem noch mehrere Delegierte ihre Ansichten geäußert, wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Die beantragte Beitragserhöhung von 40 auf 50 % wöchentlich wird in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 20 Stimmen angenommen, doch hat darüber laut Stant innerhalb sechs Wochen eine Urabstimmung unter den Mitgliedern stattzufinden.

Beschlossen wird ferner, daß durch die Erhöhung des Beitrages einlaufende Geld zur Förderung der Lohnkämpfe zu verwenden. Damit sind die zwecks Ausgestaltung der Unterstützungsseinrichtungen gestellten Anträge gegenstandslos geworden.

Es gelangt nun Punkt 5 der Tagesordnung zur Verhandlung: „Der Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbäderen.“ Der Referent, Kreischmer-Hamburg, verweist einleitend auf den vorjährigen Genossenschaftstag in Hamburg, wo diese Frage von ihm und dem Genossen Altmann angefochten worden sei. Nach reiflicher Erwagung sind wir zu der Ansicht gelangt, daß ein Mindestlohn, nach Muster des Buchdruckertarifs, mit Lohnzuschlägen am zweitmäßigsten sei, weil in manchen weiteren Orten die Lebensbedingungen schlechter sind als in einer Großstadt. Wir haben nur das gefordert, was durchführbar ist und was sich auch in den Privatbetrieben durchführen läßt. Wir haben geglückt, daß gegen diese Forderungen von den Genossenschaftsvorständen keine Einwände erhoben werden könnten, haben uns aber leider getäuscht. Nach scharfen Auseinandersetzungen wurde zwar die Tarifvorlage mit knapper Mehrheit von den Genossenschaftsvertreten angenommen, damit waren sie aber noch nicht akzeptiert. Jetzt mussten erst die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Genossenschaften eingeleitet werden, und da haben wir dann recht trübe Erfahrungen machen müssen. Ein Teil der Genossenschaften ist uns in dankenswerter Weise entgegengestanden, aber viele andere haben sich nur widerwillig zu Abmachungen bereit erklärt oder haben sich sogar pure ablehnend verhalten. Wir müssen unsere ganze Kraft daran setzen, dem Tarif auch für die Privatbetriebe Geltung zu verschaffen, denn es liegt klar auf der Hand, daß die Genossenschaften mit den Privatkonkurrenten zu rechnen haben. (Beifall.)

In längerer Rede schildert Altmann die in dieser Hinsicht vom Verband eingeleiteten Schritte und die Rücksichtswürdigkeiten, die er nicht allein mit den Verwaltungen von Konsumvereinen und Genossenschaftsbädereien, sondern auch mit den in einigen Bädereien beschäftigten Arbeitern gehabt hat. In Betracht komme, was man nicht aus den Augen lassen dürfe, daß noch viele Konsumvereine, die Bäderebetriebe unterhalten, von bürgerlichen Elementen geleitet würden. Die Debatte nimmt mehrere Stunden in Anspruch. Von vielen Rednern wird konstatiert, daß es Genossenschaftsbäderen gibt mit Arbeitszeiten von 8–14 Stunden. Rätselhaft siebt es hinsichtlich der langen Arbeitszeit in den kleinen Thüringer Genossenschaftsbädereien schlimm aus, aber lange Arbeitszeit findet man auch in Süddeutschland, während es im Norden bedeutend anders aussieht. Die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge werden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen.

Über den Punkt „Presse“ referiert Altmann, der die Richtigkeit der Aufstellung eines Redakteurs mit dem Nachteil des Verbandsgeschäfts – Lohnbewegungen, Unterstützungsseinrichtungen usw. – begründet. Er lädt vor, eine Kommission zu wählen, der er nähere Angaben machen werde. Nach lebhafter Aussprache wird die Einsetzung einer Kommission gefeierlich, worauf die Sitzung am Mittwoch fortgesetzt wird.

Mittwoch, 5. April.

#### M a c h m i t t a g s s i z u n g .

Als Redakteur, dessen Anstellung mit 1800 M pro Jahr Anfangsgehalt erfolgen soll, bringt die Kommission Freitag-Leipzig und Herren-Magdeburg in Betracht; ersterer wird mit 35 von 46 Stimmen gewählt.

Die Diskussion über die Presse geht weiter. Neues wird nicht zu Tage gefördert.

Weitgehend wird, nachdem die Aufstellung eines Redakteurs angenommen, daß der Verbandsvorstand als Präsidenten weiter fungieren soll.

Es ergiebt die Abstimmung über „Die zukünftigen Lohnbewegungen und Streiks“. Das Referat hält Altmann

hauptsaache sei Vertrauen zur Weltung und genaue Besorgung der Anordnungen derselben. Die künftigen Kämpfe würden sehr schwer werden, zumal auch intelligenter und raffinierter Führer vom Schlag Blummann-Hamburg in der Innung die Oberhand gewinnen und die Scharfmacher mehr und mehr an Einfluss zunehmen. Besonderes Augenmerk müsse der richtigen Vorbereitung von Boykotts gewidmet werden. Die Behörden nähmen überall Stellung gegen die Kämpfenden. In Lübeck habe man nicht einmal einen Anwalt zur Führung des Boykottprozesses erhalten können; einer habe erklärt, daß er boykottierte würde, wenn er die Sache führe. (Hört, hört!) Gegen die bewilligten Meister werde unter den ancheinend blinden Augen von Polizei und Staatsanwalt ein geradezu himmelschreiternder Terrorismus gesübt. Die zweischneidige Streitwaffe dürfe erst geschwungen werden, wenn der letzte Vermittlungsweg vertrammelt worden sei; Gewerbegegerichte und ähnliche Einigungsinstanzen müßten in allen Filialen eingesetzt werden. In den Verhandlungen werde noch oft gesündigt. Was die Nacharbeit anlange, so werde sie in absehbarer Zeit nicht durch die Gewerkschaft besiegelt werden; das sei nur durch die Gesetzgebung möglich, auf deren Eingreisen vorläufig auch noch keinerlei Aussicht sei. Ueberdies werde die Frage hinsichtlich durch die Entwicklung zum Großbetrieb, wodurch das Abstundens- (Dreischichten-) System leicht ausgebaut werden könnte. Redner beantragt für den Fall der Ablehnung der Beitragserhöhung Erhebung von 20 % Wochenextrabeitrag für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1905 und 1. März bis 30. Sept. 1906.

Die Diskussion ist eine sehr lebhafte; sie dreht sich um die Extraarbeiten, die Nacharbeit und die Taktik bei Lohnbewegungen.

Der Antrag Altmann (evenil. Extraarbeiten) wird angenommen, ebenso der Antrag, den Bassus betreffend Nacharbeit, aus der Dresdener Resolution zu ändern, und der Vorstandsantrag, wonach die größeren Mitgliedschaften pro Quartal einen bzw. zwei Extraarbeiten à 50 % erheben sollen, um für partielle Streiks und örtliche Sperren die Kosten dem so gesammelten Fonds entnehmen zu können.

Über den Gewerkschaftskongress referiert Heschold-Berlin. Er empfiehlt folgende Anträge, die nach kurzer Debatte angenommen werden:

Der Verbandsstag möge an den Gewerkschaftskongress folgenden Antrag stellen: „Die Generalkommission möge dem Boykott als Waffe im gewerkschaftlichen Kampf größere Bedeutung schenken als bisher. Sie wird beauftragt: 1. Mit anderen Instanzen der Arbeiterbewegung zwecks planmäßiger Organisation des Boykotts in Verbindung zu treten und dem nächsten Gewerkschaftskongress geeignete Vorschläge hierzu zu machen; 2. auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses: „Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel“ zu setzen.“

Der Verbandsstag wolle zum Gewerkschaftskongress folgenden Antrag stellen: „Die Generalkommission möge dem Boykott als Waffe im gewerkschaftlichen Kampf größere Bedeutung schenken als bisher. Sie wird beauftragt: 1. Mit anderen Instanzen der Arbeiterbewegung zwecks planmäßiger Organisation des Boykotts in Verbindung zu treten und dem nächsten Gewerkschaftskongress geeignete Vorschläge hierzu zu machen; 2. auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses: „Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel“ zu setzen.“

Der Verbandsstag willte zum Gewerkschaftskongress folgenden Antrag stellen: „Die Generalkommission der Gewerkschaften wird beauftragt, dem nächsten Gewerkschaftskongress Vorschläge zu unterbreiten, die eine bessere gegenwärtige Unterstützung bei Streiks garantieren, wodurch der immer größeren Konzentration des Kapitals wirksam begegnet werden kann.“

Als Delegierter wird gewählt Heschold-Berlin; einen zweiten Delegierten wird der Verband entsenden.

„Es folgt“ Agitation, Sammlung, Geschäftsführung“. Über Agitation spricht Gähn-München, welcher eine große Reihe praktischer Worte gibt, wie am vorteilhaftesten wirksame Propaganda zu betreiben sei. Rätselhaft durfte man die ausgeleiteten Lehrlinge nicht vergessen.

M a c h m i t t a g s - S i z u n g .  
Gähn-München stellt sein Referat fort, in dem er eine Reihe beachtenswerte Worte gibt.

Über die Gauenteilung und die dazu vorliegenden Anträge spricht Fassung-Köln, über die Geschäftsführung in den Mitgliedschaften der Hauptklassierer Friedmann.

Die Aussprache über diese Punkte füllte die gesamte Nachmittagsitzung aus.

Zunächst wurde eine Resolution angenommen, die das Verhalten der Mitgliedschaft Magdeburg bei Fernhaltung des Zuganges nach Streitorten und die hierbei in unerlaubter Weise verausgabten Verbandsmittel scharf mahnt und den Vorstand beauftragt, ein solches Verhalten unmöglich zu machen.

Hierzu wird zur Abstimmung über die Anträge gejürgt.

Der § 9 des Status dient abzuändern, daß weibliche Personen und Lebendlinge in den Verband aufgenommen werden können, wird angenommen, ebenso der zu § 11 gestellte Antrag, daß weibliche Mitglieder (Beitrag 25 % pro Woche) die Hälfte der festgelegten Unterstützungsbeiträge erhalten.

Zur Annahme gelangen noch folgende Anträge:

Ju § 25 des Status:

Nach „Ausgaben“ ist zu legen: „verbleiben den Zahlstellen mit von der Haushaltskasse befreideten Beamten 5 % und allen übrigen Zahlstellen 10 % pro Wochenbeitrag.“

Mitgliedschaften und Zahlstellen ohne angeleistete und von der Haushaltskasse bezahlte Beamtene vergütet für die Geschäftsführung 5 Proz. der Einnahmen an Wochenbeiträgen in der Weise, daß für Einkassierung der Beiträge durch den Hauptkassierer und Hülfskassierer 2 Proz. für die Kosten- und Buchführung 1 Proz. für die Rechnungsabrechnung gleichfalls 1 Proz. ebenfalls für den Vorstand 1 Proz. verwendet werden.“

Unter Handarbeiter und Arbeiterinnen im Sinne unseres Status sind außer den direkt bei der Herstellung von Badewaren in Bädereien und Brauereien, Zwieback-, Teig- und Konditoreien, Dörr- und Gebäckfabriken, Brot- und Käsefabriken, Speckfutter- und Printenfabriken, Kämmereien, Steinmeier- und Simonsbroäfiken beschäftigten ungelehrten Arbeitern und Arbeiterinnen zu verstehen, die beim Verkauf und Transport fertiger Badewaren beschäftigten Expedienten und Verkäuferinnen, Kutscher, Hausrückerinnen, Dienstmädchen, Dienstboten und Dienstleiterinnen, die beim Bäderbetrieb der betreffenden Branche im Lohnverhältnis stehen.

Wenn welche Arbeiter und Arbeiterinnen bei ihrem Eintritt in derartige Fabrik oder Bäderei Mitglieder einer anderen Gewerkschaft sind, darf von unseren Agitatoren oder Mitgliedern keinerlei Druck auf dieselben ausgeübt werden, zu unserem Verbande überzutreten, sondern unsere Mitglieder müssen bestrebt sein, um ihnen ein volleigates Arbeitsverhältnis anzubauen.“

Der Ausschluß eines Mitgliedes gilt als stillschweigend erfolgt, wenn es länger als 13 Wochen mit seitens Beiträgen restiert, ohne um Standort nachgekehrt zu haben.“

„Der wegen Beitragsrückstände erfolgte Ausschluß aus dem Verband kann rückgängig gemacht werden, wenn das Mitglied sich innerhalb eines Jahres wieder meldet und die rückständigen Beiträge nachbezahlt. Doch haben solche Mitglieder ein Jahr Abreisezeit durchzumachen, bis sie ihre früheren Rechte bezüglich der Unterstützung wieder erlangen. Beitragsrückstände von über 1 Jahr können nicht nachbezahlt werden.“

„Extraarbeiten zu losen Fonds, die durch den Hauptvorstand sanktioniert sind, können nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes belegt oder abgezogen werden.“

Der Verbandsvorstand kann in Orten oder für industrielle Bezirke, in denen mindestens 1000 organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Branche vorhanden sind, auf Antrag beide Zahlstellen für die Geschäftsführung eines Verbands ausstellen, wenn die finanzielle Lage des Verbandes dies gestattet und am Ort resp. Bezirk mindestens 200 Mitglieder vorhanden sind, doch kann der Hauptvorstand für Orte, wo die Verhältnisse besonders günstig oder erfolgsversprechend sind, Maßnahmen gestalten.“

„Die Klassierer der Mitgliedschaften sind verpflichtet, mit Ausnahme von bei der Ausnahme arbeitslosen Kollegen, bei Neuauflage in den Verband fünf Wochenbeiträge, an Orten mit Lohnbewegungen jedoch vom Augenblick der Genehmigung solcher durch den Verbandsvorstand 10 Wochenbeiträge zu erheben.“

Die weiteren Anträge entbehren des öffentlichen Interesses.

Die Gehaltsfrage der Verbandsbeamten wird wie folgt geregelt: Das Gehalt des Vorstehers beträgt 2400 M. des Hauptklassierers 2200 M. der Gauleiter pro Woche 30 M. nach einjähriger Tätigkeit 33 M. dann steigend mit jedem Jahr um 1 M. pro Jahr bis zum Höchstbetrag von 40 M. pro Woche.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der Sitz des Ausschusses in München.

Zum Verbandsvorstand wird Altmann, zum zweiten Vorstehenden Kreischmer-Hamburg und zum Hauptklassierer Friedmann einstimmig wiedergewählt.

Mit einer lernigen Ansprache, in der er die Delegierten erfuhr, im Sinne der gesetzten Beschlüsse zu handeln und für den Ausbau der Organisation mit allen Kräften einzutreten, schließt Altmann mit einem Hoch auf den Verband, in das die Delegierten fröhlig einstimmten, um 8½ Uhr abends die Generalversammlung.

## Aus unserem Berufe.

Die Christstollen des Dresdener Konsumvereins „Vorwärts“ vor Gericht. Ein interessanter Verteidigungssatz zwischen dem Arbeiterkonsumenten „Vorwärts“ und einem früheren Angestellten dem Bäder August Hain aus Augsburg, sollte am 30. März vor dem Dresdener Amtsgericht vor Verhandlung kommen. Der Bäder Hain hatte mit dem Chef der Dresdener Bäderamtung ein Flugblatt „Aus einem arbeitengenossenschaftlichen Kapitalbetrieb“ verfaßt und verbreitet, und in demselben behauptet, die Arbeitskraft des einzelnen werde bei dem Konsumvereins-Großbetrieb in einer weit schwächeren Form ausgenutzt, als in einem privatkapitalistischen Betrieb. Die schwersten und wie sich später herausstellte, völlig ungerechtfertigten Vorwürfe aber erhob Hain gegen die Leiter des Konsumvereins-Bäder, Salzofen und Böhmböhl. Hain stellte die völlig falsche Behauptung auf, daß, als die Weihnachtszeit im Jahre 1903 herannahme, wochenlang Brotschollen gebunden seien, ohne Aussicht auf die Möglichkeit, eine gute Ware herstellen zu können. Die letztere sei minderwertig gewesen. Die Zubereitung der Stollen sowie die verarbeiteten Zutaten hätten den gewünschten Erfolg nicht bringen können, denn die verwendete Butter sei unten gewesen. Man habe fliegen und sogar einmal einen Vogel in der Kase gefunden. Er selbst habe einmal im Teig einen — Es entdeckt. Alle die Anschuldigungen des Bädergeklaed, der wegen Differenzen mit seinem Chef entlassen wurde, sind wie bereits in einem ähnlichen in Leipzig stattgefundenen Prozeß festgestellt worden, völlig unbegründet. Der Vorsteher des chemischen Unternehmensamtes der Stadt Dresden, Dr. Bentien, hat schon früher begutachtet, daß die Christstollen weder verfälscht, noch im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes verdorben gewesen sind. Es lag den Verteidigten aber daran, einmal völlige Klarheit zu schaffen, und so wurde denn dieser Monatsprozeß inzimmiert. Derselbe nahm aber einen merkwürdigen Verlauf! Außer Hain war auch der Chemiker Biner von der Dresdener Bäderinnung der Hauptverdächtige angeklagt, weil er mit dem Gelde der Bäderinnung das Hainche Flugblatt verbreitet hatte. Die Privatklaeger und Vertreter des Konsumvereins „Vorwärts“ einigten sich jedoch auf Grund einer Ehrenklärung des Obermeisters und zogen hieraus den Strafantrag zurück. Nunmehr sollte gegen Hain allein verhandelt werden. Sofort erhob sich aber Rechtsanwalt Dr. Thiele und beantragte, daß nach § 64 des Strafgesetzbuches durch Zurücknahme des Strafantrages gegen Obermeister Biner auch der Strafantrag gegen den Hauptklassierer zurückgenommen werden solle. Richter, Elsner, Rechtsanwälte, alle waren sprachlos! Aber § stimmt! Weder die Richter, noch der Rechtsanwalt Dr. Elsner, Rechtsanwältin Oppermann, hatten an diese Klage gedacht. Dem Gerichtshof blieb nach Lage der Sache nichts anderes übrig, als zu verkünden, daß auf Grund der Zurücknahme des Strafantrages gegen Obermeister Biner auch gegen Hain der Strafantrag zurückgezogen werde und demgemäß das Verfahren gegen ihn einzustellen sei. Schließlich wurden infolge dieses sensationellen Ausgangs den Klägern sämtliche Kosten des Prozesses auferlegt. Teboul!

Aus Elberfeld. Die „Freie Presse“ schreibt: Herr Abendroth, der Ausgelöste, Bädermeister und Cöger im Rate der Stadt-Amtisten, hat ja des öfteren schon die Leiter eines illustren Gerichts wiederholen, für gewöhnlich jedoch hält er die Blenden geschlossen, ohne daß der Vertraute zu erkennen. Stelle Euer Cöger nicht unter den Schießstock! Kurz: Herr Abendroth zeigt, daß aus ihm der böse Feind lossen. Bescheidenheit. Nicht so in dem nachstehenden Falle. Ein Mitglied der freien Gewerkschaften hatte mit einem Gefallen Abendroths Verhandlungen zwecks Aufnahme in die Organisation angeknüpft und war von diesem

Gesellen eingeladen worden, ihn in seiner Bude, die sich unter dem frommen Dache Abendroths befindet, zu besuchen, was auch geschah. Raum hatte der Besucher seine Kollegen begrüßt, als das schwarz-weiße Haupt des Herrn Stadtverordneten antrat. Mit göttlichem Grimme sah er den Besucher seiner Gesellen an, dessen höllicher Gruss sein Gemüth nicht zu rühren noch den Mund des frommen Mannes zu einem Gegenlaut zu öffnen vermochte. Stumm wies er auf die Türe und dem Gehege seiner Bäume entflohen denn die geistvollen Worte: "Machen Sie, daß Sie hinauskommen!" Als der also angefahren junge Mann höllich zu erklären versuchte, daß er hier Guest der Bädergesellen sei, tat Herr Abendroth wieder seine Kinnabaks voneinander, und aus den Lücken seines unergründlichen Geistes rauschten schwer und gewaltig die Worte: "Sie brauchen meine Gesellen nicht anzutasten!" Weins Herr Abendroth jagt, muß es ja wohl sein. Wahrscheinlich begibt er sich die Ausflöting. Das wäre an sich gut, wenn der würdige Herr nicht Abendroth bleibe. Nomen est omen. Wir würden viel mehr Antrauen zu seiner Ausflötingarbeit haben, wenn sein Name Morgentor lautete. Herr Abendroth - das ist ja die leichte Täumierung vor der Nacht. - Die Gesellen des ausflörenden Abendroths scheinen auch nicht Christenjudent als Mannestöld in sich zu tragen. Sie ließen den einladenden Kollegen ruhig von ihrem Herrn und Meister hinausvertreten. Wahrscheinlich in Herr Abendroth rätselt mit ihnen auf die Spur gekommen und hat den Herrn gepriesen, der des Verfuchers Künste zu Schanden gemacht hat. - Weiter durfte die Leidenschaft noch interessieren, daß Herr Abendroth, der Angestellte, Bädermeister und Sizier im Rote der Stadt-Velten, je zwei seiner Gesellen in einem Bettel schläft läßt. Wahrscheinlich, weil's mäßiger und wärmer ist und sein christliches Gemüth sich nicht darum zu ängstigen braucht, ob seine Gesellen vielleicht nachts frieren. Die heilige Bude lies am Sonnabend und Sonntagsmorgen dieses zu wünschen übrig. Als Dekoration hingen an den Wänden schwermüde Arbeitsskleider.

Ganz nette Zustände auf dem Arbeitsnachweis der Bäderinnung Meinz. Es kamen die letzte Woche drei jüngere Bädergesellen auf den Arbeitsnachweis und haben um Arbeit nachgegefragt. Aber im voraus muß ich erwähnen, daß die Frau Sprechermeisterin der Haushälter bei der Einstellung der Bädergesellen ist. Wenn sie einem nicht recht hold ist, da darf der Sprechermeister einfach nicht einschallen. Da kann man sich ungefähr schon denken, wie sich die Sache verhält! Da einer der Betreffenden eines Tages vor einem anderen Gesellen gegenüber sich auszerte, ob die Frau Sprechermeisterin oder der Herr Sprechermeister tatsächlich zum Einnehmen der Bädergesellen der Meinzter Bäderinnung sei, antwortete dieser: "Es ist halt so, daß die Madame das große Wort führt und ich weiter im Sprecheramt der Meinzter Bäderinnung anwesend bin." Es hat nicht lange gedauert, daß waren die angenannten drei guten Freunde unterdrückt worden. Durch mich qui der Geselle ganz anderen Lags auf den Arbeitsnachweis und fragte um Arbeit an. Die Antwort war, daß sie ihm zweimal richtig abgesagt und den Posten: "Du frecher Lausehund, Du hast überhaupt nichts zu sagen!" Es waren noch zwei Gesellen anwesend, welche mir großer Freigkeit dem Sprecher ihres Kollegen zugeschrieben. Der Betreffende wurde zum Jägermeister losgelassen, sonst hätte die frischleibende Frau ihm noch hundegelächtert. Am endeten Tag ging er wieder auf den Arbeitsnachweis, da fragte ihm der Sprechermeister, ob er von der Dame etwas etwas habe an die Zeitung geschickt, was dieser verneinte. Der Sprechermeister bei uns dagegen, von dem Vorstande niemandem etwas zu erzählen, er bezog sie auch eine gute Stelle. Auch der Sprechermeister bestimmt sich sehr nobel, nämlich wenn jemand die ihm angebotene Stelle nicht antreten will, dann sagt er einfach: "Du kommt jetzt so lange her, bis mir das Recht zu den Holen hinzufliegt!"

**Vater-Vertrag**, niedrigst vom Sozialministerr Dr. Fritz Fuchs, der Chemiker, und Ingenieur Alfred Gomberg. Sien VII, Siebzehnzigste 1. Anfänge in Parteidienstgebeiten werden übernommen. 1. 1. 1916. 1. 1. 1917 erzielte erneut gegen die Erziehung eines ehemaligen Parteidienstgebers durch einen seiner Freunde Gespräch erhaben werden. Ausgabe aus der Parteidienstzeitung und erste Stütze der Beziehung werden von dem ehemaligen Parteidienstgebert zum Berufe vom 5. 9. 1916 erlangt. Zeitende: Erziehung bis 15. Mai 1916. 1. 1. 2016. 1. 1. 2017. Seit Weißer Vorsitzer in Eisselsdorf - Betriebsrat für Betriebserweiterung verschiedener Betriebarten. Dem Zeige werden vor oder nach der Fortsetzung eines Sachkurses oder anderer Betriebsleiterseminare zugestellt. - Umgangs: Einheitskasse für 1. Mai 1916. 1. 1. 1917. 1. 1. 1918. 1. 1. 1919. 1. 1. 1920. 1. 1. 1921. 1. 1. 1922. 1. 1. 1923. 1. 1. 1924. 1. 1. 1925. 1. 1. 1926. 1. 1. 1927. 1. 1. 1928. 1. 1. 1929. 1. 1. 1930. 1. 1. 1931. 1. 1. 1932. 1. 1. 1933. 1. 1. 1934. 1. 1. 1935. 1. 1. 1936. 1. 1. 1937. 1. 1. 1938. 1. 1. 1939. 1. 1. 1940. 1. 1. 1941. 1. 1. 1942. 1. 1. 1943. 1. 1. 1944. 1. 1. 1945. 1. 1. 1946. 1. 1. 1947. 1. 1. 1948. 1. 1. 1949. 1. 1. 1950. 1. 1. 1951. 1. 1. 1952. 1. 1. 1953. 1. 1. 1954. 1. 1. 1955. 1. 1. 1956. 1. 1. 1957. 1. 1. 1958. 1. 1. 1959. 1. 1. 1960. 1. 1. 1961. 1. 1. 1962. 1. 1. 1963. 1. 1. 1964. 1. 1. 1965. 1. 1. 1966. 1. 1. 1967. 1. 1. 1968. 1. 1. 1969. 1. 1. 1970. 1. 1. 1971. 1. 1. 1972. 1. 1. 1973. 1. 1. 1974. 1. 1. 1975. 1. 1. 1976. 1. 1. 1977. 1. 1. 1978. 1. 1. 1979. 1. 1. 1980. 1. 1. 1981. 1. 1. 1982. 1. 1. 1983. 1. 1. 1984. 1. 1. 1985. 1. 1. 1986. 1. 1. 1987. 1. 1. 1988. 1. 1. 1989. 1. 1. 1990. 1. 1. 1991. 1. 1. 1992. 1. 1. 1993. 1. 1. 1994. 1. 1. 1995. 1. 1. 1996. 1. 1. 1997. 1. 1. 1998. 1. 1. 1999. 1. 1. 2000. 1. 1. 2001. 1. 1. 2002. 1. 1. 2003. 1. 1. 2004. 1. 1. 2005. 1. 1. 2006. 1. 1. 2007. 1. 1. 2008. 1. 1. 2009. 1. 1. 2010. 1. 1. 2011. 1. 1. 2012. 1. 1. 2013. 1. 1. 2014. 1. 1. 2015. 1. 1. 2016. 1. 1. 2017. 1. 1. 2018. 1. 1. 2019. 1. 1. 2020. 1. 1. 2021. 1. 1. 2022. 1. 1. 2023. 1. 1. 2024. 1. 1. 2025. 1. 1. 2026. 1. 1. 2027. 1. 1. 2028. 1. 1. 2029. 1. 1. 2030. 1. 1. 2031. 1. 1. 2032. 1. 1. 2033. 1. 1. 2034. 1. 1. 2035. 1. 1. 2036. 1. 1. 2037. 1. 1. 2038. 1. 1. 2039. 1. 1. 2040. 1. 1. 2041. 1. 1. 2042. 1. 1. 2043. 1. 1. 2044. 1. 1. 2045. 1. 1. 2046. 1. 1. 2047. 1. 1. 2048. 1. 1. 2049. 1. 1. 2050. 1. 1. 2051. 1. 1. 2052. 1. 1. 2053. 1. 1. 2054. 1. 1. 2055. 1. 1. 2056. 1. 1. 2057. 1. 1. 2058. 1. 1. 2059. 1. 1. 2060. 1. 1. 2061. 1. 1. 2062. 1. 1. 2063. 1. 1. 2064. 1. 1. 2065. 1. 1. 2066. 1. 1. 2067. 1. 1. 2068. 1. 1. 2069. 1. 1. 2070. 1. 1. 2071. 1. 1. 2072. 1. 1. 2073. 1. 1. 2074. 1. 1. 2075. 1. 1. 2076. 1. 1. 2077. 1. 1. 2078. 1. 1. 2079. 1. 1. 2080. 1. 1. 2081. 1. 1. 2082. 1. 1. 2083. 1. 1. 2084. 1. 1. 2085. 1. 1. 2086. 1. 1. 2087. 1. 1. 2088. 1. 1. 2089. 1. 1. 2090. 1. 1. 2091. 1. 1. 2092. 1. 1. 2093. 1. 1. 2094. 1. 1. 2095. 1. 1. 2096. 1. 1. 2097. 1. 1. 2098. 1. 1. 2099. 1. 1. 2010. 1. 1. 2011. 1. 1. 2012. 1. 1. 2013. 1. 1. 2014. 1. 1. 2015. 1. 1. 2016. 1. 1. 2017. 1. 1. 2018. 1. 1. 2019. 1. 1. 2020. 1. 1. 2021. 1. 1. 2022. 1. 1. 2023. 1. 1. 2024. 1. 1. 2025. 1. 1. 2026. 1. 1. 2027. 1. 1. 2028. 1. 1. 2029. 1. 1. 2030. 1. 1. 2031. 1. 1. 2032. 1. 1. 2033. 1. 1. 2034. 1. 1. 2035. 1. 1. 2036. 1. 1. 2037. 1. 1. 2038. 1. 1. 2039. 1. 1. 2040. 1. 1. 2041. 1. 1. 2042. 1. 1. 2043. 1. 1. 2044. 1. 1. 2045. 1. 1. 2046. 1. 1. 2047. 1. 1. 2048. 1. 1. 2049. 1. 1. 2050. 1. 1. 2051. 1. 1. 2052. 1. 1. 2053. 1. 1. 2054. 1. 1. 2055. 1. 1. 2056. 1. 1. 2057. 1. 1. 2058. 1. 1. 2059. 1. 1. 2060. 1. 1. 2061. 1. 1. 2062. 1. 1. 2063. 1. 1. 2064. 1. 1. 2065. 1. 1. 2066. 1. 1. 2067. 1. 1. 2068. 1. 1. 2069. 1. 1. 2070. 1. 1. 2071. 1. 1. 2072. 1. 1. 2073. 1. 1. 2074. 1. 1. 2075. 1. 1. 2076. 1. 1. 2077. 1. 1. 2078. 1. 1. 2079. 1. 1. 2080. 1. 1. 2081. 1. 1. 2082. 1. 1. 2083. 1. 1. 2084. 1. 1. 2085. 1. 1. 2086. 1. 1. 2087. 1. 1. 2088. 1. 1. 2089. 1. 1. 2090. 1. 1. 2091. 1. 1. 2092. 1. 1. 2093. 1. 1. 2094. 1. 1. 2095. 1. 1. 2096. 1. 1. 2097. 1. 1. 2098. 1. 1. 2099. 1. 1. 2010. 1. 1. 2011. 1. 1. 2012. 1. 1. 2013. 1. 1. 2014. 1. 1. 2015. 1. 1. 2016. 1. 1. 2017. 1. 1. 2018. 1. 1. 2019. 1. 1. 2020. 1. 1. 2021. 1. 1. 2022. 1. 1. 2023. 1. 1. 2024. 1. 1. 2025. 1. 1. 2026. 1. 1. 2027. 1. 1. 2028. 1. 1. 2029. 1. 1. 2030. 1. 1. 2031. 1. 1. 2032. 1. 1. 2033. 1. 1. 2034. 1. 1. 2035. 1. 1. 2036. 1. 1. 2037. 1. 1. 2038. 1. 1. 2039. 1. 1. 2040. 1. 1. 2041. 1. 1. 2042. 1. 1. 2043. 1. 1. 2044. 1. 1. 2045. 1. 1. 2046. 1. 1. 2047. 1. 1. 2048. 1. 1. 2049. 1. 1. 2050. 1. 1. 2051. 1. 1. 2052. 1. 1. 2053. 1. 1. 2054. 1. 1. 2055. 1. 1. 2056. 1. 1. 2057. 1. 1. 2058. 1. 1. 2059. 1. 1. 2060. 1. 1. 2061. 1. 1. 2062. 1. 1. 2063. 1. 1. 2064. 1. 1. 2065. 1. 1. 2066. 1. 1. 2067. 1. 1. 2068. 1. 1. 2069. 1. 1. 2070. 1. 1. 2071. 1. 1. 2072. 1. 1. 2073. 1. 1. 2074. 1. 1. 2075. 1. 1. 2076. 1. 1. 2077. 1. 1. 2078. 1. 1. 2079. 1. 1. 2080. 1. 1. 2081. 1. 1. 2082. 1. 1. 2083. 1. 1. 2084. 1. 1. 2085. 1. 1. 2086. 1. 1. 2087. 1. 1. 2088. 1. 1. 2089. 1. 1. 2090. 1. 1. 2091. 1. 1. 2092. 1. 1. 2093. 1. 1. 2094. 1. 1. 2095. 1. 1. 2096. 1. 1. 2097. 1. 1. 2098. 1. 1. 2099. 1. 1. 2010. 1. 1. 2011. 1. 1. 2012. 1. 1. 2013. 1. 1. 2014. 1. 1. 2015. 1. 1. 2016. 1. 1. 2017. 1. 1. 2018. 1. 1. 2019. 1. 1. 2020. 1. 1. 2021. 1. 1. 2022. 1. 1. 2023. 1. 1. 2024. 1. 1. 2025. 1. 1. 2026. 1. 1. 2027. 1. 1. 2028. 1. 1. 2029. 1. 1. 2030. 1. 1. 2031. 1. 1. 2032. 1. 1. 2033. 1. 1. 2034. 1. 1. 2035. 1. 1. 2036. 1. 1. 2037. 1. 1. 2038. 1. 1. 2039. 1. 1. 2040. 1. 1. 2041. 1. 1. 2042. 1. 1. 2043. 1. 1. 2044. 1. 1. 2045. 1. 1. 2046. 1. 1. 2047. 1. 1. 2048. 1. 1. 2049. 1. 1. 2050. 1. 1. 2051. 1. 1. 2052. 1. 1. 2053. 1. 1. 2054. 1. 1. 2055. 1. 1. 2056. 1. 1. 2057. 1. 1. 2058. 1. 1. 2059. 1. 1. 2060. 1. 1. 2061. 1. 1. 2062. 1. 1. 2063. 1. 1. 2064. 1. 1. 2065. 1. 1. 2066. 1. 1. 2067. 1. 1. 2068. 1. 1. 2069. 1. 1. 2070. 1. 1. 2071. 1. 1. 2072. 1. 1. 2073. 1. 1. 2074. 1. 1. 2075. 1. 1. 2076. 1. 1. 2077. 1. 1. 2078. 1. 1. 2079. 1. 1. 2080. 1. 1. 2081. 1. 1. 2082. 1. 1. 2083. 1. 1. 2084. 1. 1. 2085. 1. 1. 2086. 1. 1. 2087. 1. 1. 2088. 1. 1. 2089. 1. 1. 2090. 1. 1. 2091. 1. 1. 2092. 1. 1. 2093. 1. 1. 2094. 1. 1. 2095. 1. 1. 2096. 1. 1. 2097. 1. 1. 2098. 1. 1. 2099. 1. 1. 2010. 1. 1. 2011. 1. 1. 2012. 1. 1. 2013. 1. 1. 2014. 1. 1. 2015. 1. 1. 2016. 1. 1. 2017. 1. 1. 2018. 1. 1. 2019. 1. 1. 2020. 1. 1. 2021. 1. 1. 2022. 1. 1. 2023. 1. 1. 2024. 1. 1. 2025. 1. 1. 2026. 1. 1. 2027. 1. 1. 2028. 1. 1. 2029. 1. 1. 2030. 1. 1. 2031. 1. 1. 2032. 1. 1. 2033. 1. 1. 2034. 1. 1. 2035. 1. 1. 2036. 1. 1. 2037. 1. 1. 2038. 1. 1. 2039. 1. 1. 2040. 1. 1. 2041. 1. 1. 2042. 1. 1. 2043. 1. 1. 2044. 1. 1. 2045. 1. 1. 2046. 1. 1. 2047. 1. 1. 2048. 1. 1. 2049. 1. 1. 2050. 1. 1. 2051. 1. 1. 2052. 1. 1. 2053. 1. 1. 2054. 1. 1. 2055. 1. 1. 2056. 1. 1. 2057. 1. 1. 2058. 1. 1. 2059. 1. 1. 2060. 1. 1. 2061. 1. 1. 2062. 1. 1. 2063. 1. 1. 2064. 1. 1. 2065. 1. 1. 2066. 1. 1. 2067. 1. 1. 2068. 1. 1. 2069. 1. 1. 2070. 1. 1. 2071. 1. 1. 2072. 1. 1. 2073. 1. 1. 2074. 1. 1. 2075. 1. 1. 2076. 1. 1. 2077. 1. 1. 2078. 1. 1. 2079. 1. 1. 2080. 1. 1. 2081. 1. 1. 2082. 1. 1. 2

## Unsere Lohnbewegungen.

Wie wir aus Versammlungsberichten und sonstigen Mitteilungen entnehmen können, beschäftigen sich unsere Kollegen in mehreren Städten mit der Frage, ob sie in diesem Jahre in eine Lohnbewegung eintreten wollen. Wir wissen deshalb darauf hin, daß auf Grund unseres Tatschriftenreglements solche Mitgliedschaften, die in eine Lohnbewegung eintreten wollen, sich mindestens 2 Monate vorher an den Verbandsvorstand wenden und sich mit diesem über die Vorderungen, die Heit der Lohnbewegung und über eventl. Erhebung von Extrabeiträgen verständigen müssen.

Sogenannte wilde Lohnbewegungen und Streiks, die nicht vom Verbandsvorstande gutgeheißen werden können, werden auch in keiner Weise vom Verband unterstützt.

Angesichts kommender Lohnkämpfe muß es aber dringende Pflicht aller Mitglieder sein, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, regelmäßig in den Versammlungen zu erscheinen und eine rührige Agitation für weitere Ausbreitung des Verbandes zu betreiben. Allen Kollegen muß klar gemacht werden, daß es ihre Pflicht ist, mitzuhelfen zur Verbesserung unserer Lage, daß ferner keiner den Verlobungen und Verprechungen der Arbeitgeber folgt und sich zum Vertreter seiner eigenen Interessen, zum Sitzelbrecher, hergibt. Nur wenn die Solidarität den Kollegen überall in Fleisch und Blut übergeht, werden wir überall als Sieger aus den Kämpfen hervorgehen!

\* \* \*

Ein Konflikt in der Köln-Bidendorfer Dampfmühle und Brotfabrik. Bis Juli vorigen Jahres gehörte die Bidendorfer Dampfmühle zu den die Arbeiter am schlechtesten entlohnenden Brotfabriken. Der Wochenlohn belief sich durchschnittlich auf 19 M. Ein Prämienystem fehlt es außerdem noch in den Betrieben des Fabrikanten, den Arbeitern nach Gründen abzuziehen. Die Bäder schlossen sich dann dem Bäckerverband an, und da der Inhaber, Herr Körting, wohl wußte, daß die Bäder zweifellos Forderungen stellen würden, so erbot er sich selber zur Erhöhung der Löhne. Die Arbeiter waren jedoch auf Grund ihrer Organisation in der Lage, den Lohn sowohl zu erhöhen, daß sie auf durchschnittlich 25 M. kamen. Nebenstunden wurden außerdem mit 50 S. bezahlt. Damit schien der Friede gesichert. Es kam aber anders. Herr Körting war der Bäckerverband ein Dorn im Auge, und noch mehr seinem Verteilten Pleus. Dieser ist auf dem christlichen Verbande an und von den christlichen Mitteln, die Arbeiter zu rechtfertigen, es jedoch vor Verband hinaus zu ziehen. Nur einer trat über und gegen und Verpredigungen nichts helfen. Da wurde plötzlich erst einer, nochher noch zwei christliche Organisationsgruppen eingesetzt, ohne daß für die letzten beiden Bedarf war. Die Arbeiter fühlten, daß diese Erfolg für zu Entlassungen hielten. Auch des Herrn Pleus Mediensarten ließen darauf schließen. Einer dieser christlichen Organisierten rühmte sogar, daß er tun könne, was er wolle, wenn Herr Körting habe ihm die Legitimation der Zugehörigkeit zum christlichen Verband abverlangt. Die Arbeiter rütteten ein Beichtverdachserreiben an Herrn Körting und bat ihn, er möge Herrn Pleus seine, ein gutes Zusammenerbringen schädigende Schriften untersagen. Herr Pleus als Verteilte habe sich in die Organisationsangaben der Arbeiter nicht hineinzumischen; ferner möge er den Arbeitern versprechen, bei Entlassungen die zuletzt eingesetzten zuerst wieder zu entlassen. Dies wurde von Herrn Körting in einem Rückschreiben abgelehnt; er sei ja sonst nicht einmal in der Lage, wenn er einen wichtigeren Ar-

beter bekommen könnte, diesen einzustellen; Herr Pleus sei nicht Verteilte, sondern auch nur Arbeiter, und ihm müsse genau wie unserem Vertretermann das Recht be lassen bleiben, für seine Organisation zu wirken. Er habe auch gegen die Tätigkeit unseres Vertretermannes niemals etwas eingewendet, weil er die Arbeiterorganisationen als die Interessenvertretung der Arbeiter für zeitgemäß halte. Als die Arbeiter hierauf nochmals ihren Wunsch damit begründeten, daß auch fast alle Tarifverträge einen solchen Passus enthalten, und hinzu bemerkten, daß seine Einwendung insviel keine, daß er es für Recht halte, in seinem Betriebe durch jahrtzeitlange Arbeit alt gewordene Arbeiter einfach durch junge, fräftige Arbeiter zu ersetzen, da antwortete Herr Körting ganz kurz, das Recht, Arbeiter nach seinem Belieben zu entlassen, lasse er sich nicht nehmen. Mittlerweile waren fünf Wochen lang die zwei vollständig überschüssigen neueingestellten Arbeiter beschäftigt, und die Arbeiter wußten ganz genau, daß Herr Körting die erste Gelegenheit benutzen werde, Mitglieder des freien Verbandes zu entlassen. Am 11. März waren dem Eisenbäcker C. etliche Brote zu braun geworden. Herr Pleus bemängelte das, worau C. gesagt haben soll, ihm seien die Brote gebadet; und wegen dieser „Fressheit“ wurde er entlassen. Früher hatte man einen derartigen harmlosen Wortwechsel gar nicht beachtet und jetzt war es freches Benehmen gegen einen Verteilten, von dem Herr K. erst wenige Tage vorher behauptete, er sei kein Verteilte.

Im Auftrage des Gauleiters suchte darauf der Vertretermann der Kölner Zabstelle des Bäckerverbandes mit Herrn Körting zu verhandeln. Aber vergeblich. Die Antwort war, daß Herr Körting den Bäckern C. und G. einen Revers zum Unterschreiben vorlegte, wonach ihm das Recht, Arbeiter nach seinem Belieben zu entlassen, vorbehalten bleibe. Die Arbeiter weigerten sich erst, baten dann um Bedenkszeit, um sich mit ihren Kollegen darüber zu besprechen. Es half aber alles nichts, als sie nicht sofort unterschreiben wollten, wurden sie entlassen. Man bedenke den Unfug: Herr Körting wollte sich etwas schriftlich machen lassen, was ihm schon immer zuwand und was er jetzt den Arbeitern auf ihre höfliche Bitte, es zu ändern, abgeschlagen hatte. Darau rütteten der Vorsitzende der Kariellkommission und der Gauleiter der Bäcker zu vermittelnden. Herr Körting weigerte sich jedoch, die Entlassenen wieder einzustellen. Auch den Vorwurf, daß Sachdem Gewerbegeister als Schiedsgericht zu unterbreiten, lehnte er nach außenliegender Gründe dann schriftlich ab. Am Montag wurden sämtliche Verbandsmitglieder vorgeladen und folgendem Bericht unterzogen: Sind Sie Mitglied des deutschen Bäckerverbandes? Wollen Sie Mitglied dieses Verbandes bleiben? Die Antwort war in beiden Fällen „Ja“ und Herr C. „Dann hören wir“. Es bestand kein Zweifel, die Regierung der drei Bäcker in dem jüngsten Hand vorbereiteter Schlag gegen den deutschen Bäckerverband und das traurigste dabei ist, daß sich die Christlichen hierzu als Werkzeug gebrauchen lassen. Hier kommt die ganze Gefährlichkeit der Organisationszerplattung zum Ausdruck. — Im übrigen ist in der An-gelegenheit, daß letzte Worte noch nicht gesprochen.

## Was haben wir Bäckerjessellen von der Weiterentwicklung des Handwerks zu erwarten?

Von Konrad Finck.

Heute, im Zeitabstand der letzten Fortentwicklung alles Erdischen ist es wohl auch angebracht, einen Blick auf den Entwicklungszugang des Bäckerhandwerks zu wetzen, zumal wir Gesellen nicht nur nichts zu fürchten hätten, vielmehr uns ein ungeheuerer Nachteil zu entziehen droht und der in Wirklichkeit auch über uns kommt, wenn wir nicht ein offenes Auge haben, die Dinge zu beobachten und nach ihrem Werthe, der für uns Kaufmännisch ins Gewicht fällt, zu beurteilen. Man kann schon ein ziemlich besser seziert sein, wenn man Alles begreifen will, da heute der Wirtswar ein allgemeiner ist, und die Entwicklungsformen des modernen Zeitalters noch

geben, ich bin mit der Massac noch nicht fertig.“ „Sie rauchen doch.“ „Natürlich, sage ich. „Hier haben Sie auch was für die Feiertage.“ Ich nehme mein Paket, wünsche vergnügte Feiertage und schreibe los. Unterwegs mache ich das Bäder auf, und sieben 25 Zigaretten sind darin.“ „Alles steht. Der Heiligabend, der etwas mit Moskauen beschäftigt ist, steht. Was kann Sie doch nicht so einen Nach! Der Doktor wird bald verschwommen.“ „Die Tür des Patientenzimmers öffnet sich, und der Chefarzt erscheint. „Guten Abend! Haben Sie alles so verquält? Bitte, einer nach dem anderen hereinkommen!“ Die Unterredungen beginnen.

„Kann, wie geht es mein Vater? Koch Sommerzett?“ fragt der Doktor. „Es geht.“ Der Arzt untersucht die Wunde. „Tadellos, sehr schön! Die Nahtnahte sitzen.“ Der Arzt arzt sieht sich die Wunde ebenfalls an. „Vielzahl, sehr schön!“ „Was macht?“ erwidert der Chefarzt und zum Patienten gewandt: „Wir legen am Tage Verabreiche auf und abends einen feuchten Kompressen. Brunnenscheit hilft.“ „Herr Doktor, ich möchte bitten um den Kontrollchein d. Kreis d. Feuerwehr.“

„Sie kommen zweimal täglich her?“

„Natürlich.“ „Bitte, hier ist der Schrein. Sie geben in das Haus mit die alte, parterre, Zimmer Nr. 7.“ Zimmer Nr. 7 ist ein Büroräume, verbunden mit einem abgesetzten Vorraum, in dem die Posten geschäftig erledigt werden. An einem Schreibtisch sitzt ein junger Mann.

„Sie wünschen?“ „Bitte, hier ist der Kontrollchein.“ „Sie kommen zum ersten Mal hier?“

„Dort.“ „Wo steht Ihnen?“ „INGER-VERLEHNA.“ „Sie kaufen Zähler?“

„Nein, Zähler.“ „Aber hier steht ein t... und wohnen Münchnerstraße in Sonnenberg.“

„Dort.“ „Der M. studiert den Zodiakian. „Na, das sind ja doch...“ „Na, unten bis hierher.“ Die kommen Sie doch lassen.“

„Sie werden erlauben, daß man die Straße Weges

so zerplattet sind, daß es für den Ueingeriebten fast unmöglich ist, sich einen Begriff zu machen, welche von den kämpfenden oder bekämpften Formen eigentlich diejenige ist, die am meisten Aussicht hat, für die Zukunft maßgebend zu sein.

In allen früheren Produktionsabschnitten konnte das Handwerk nicht zerstört werden, da es eben an technischen Hilfsmitteln gebaht, die geeignet gewesen wären das Handwerk in den Zerstörungsprozeß zu verwieheln. Heute ist das anders. Das Vorhandensein der wunderbaren technischen Verbesserung auf allen Gebieten hat das Handwerk aufgelöst in viele kleine Produktionszweige, die früher alle zu einem Handwerk gehörten. Die Technik hat aus einem Handwerk zehn und zwanzig Branchen gemacht, sodass es dem Handwerker nur noch möglich ist, eine Branche zu erlernen, statt sich in seinem früheren, vollständigen Handwerk auszubilden.

Zu diesen beiden Entwicklungsformen gehört aber notwendig noch eine dritte, wenn die beiden ersten überhaupt die in gelesenen Hoffnungen erfüllt sollen. Hier kommt die Genossenschaft in Frage. Da mehr die politische und gewerkschaftliche Richtung an Ausdehnung zunimmt, deutscher ist das Entwicklungsfeld für die Genossenschaft. Da nun einzige die Genossenschaft berücksichtigte Faktor ist, der eine neue, unbedingt notwendige Entwicklungsort, habt machen muß, können wir nicht umhin, die Genossenschaft für alle Fälle zu empfehlen und gut zu heißen, ebenso wie wir uns Mühe geben, der Genossenschaft recht viel Mitglieder zu zuführen.

Nun die Frage: Welches ist denn heute von den drei Entwicklungsformen diejenige Richtung, die das größere Anrecht für sich in Anspruch nehmen kann, für die Zukunft maßgebend zu sein? Wir haben heute zwei dieser Richtungen, die sich in den Haaren liegen und die sich gegenseitig bekämpfen. Einmal ist es die feudal-bürgerlich-faschistische Produktionsform, das andere Mal die sehr junge, im Verhältnis aber ganz gewaltige, sozialistische Richtung. Welche von beiden den Sieg davontragen wird, das ist heute schon sehr leicht festzustellen. Ein Argument genügt, und das die kapitalistische Produktion die Mutter der sozialistischen ist, das heißt nichts anderes, als daß sie ihren Tod selber in die Welt gebracht hat. Nichts ist leichter, als zu begreifen, daß die sozialistische Produktion eine ganz natürliche Folge der ersten ist, wenn man bedenkt, daß die kapitalistische Form in ihrem jetzigen Stadium ziemlich viel Nebenkosten hat mit der sozialistischen, nur muss man dabei berücksichtigen, daß eben die Großbetriebe der kapitalistischen Zeitepoche wohl einer Gesellschaft gehören oder eine Gesellschaft bilden, nur das nicht die Hauptträger der Gesellschaft ist, die Arbeiter, am Gewinn beteiligt sind. Das ist eben auch der Kampfspannung, um den es so lange Streitigkeiten gibt, so lange es noch nicht entschieden ist, die nicht begreifen können, daß der Gewinn nicht einzeln gehört, sondern allen, die dabei beteiligt sind, ihn zu erzeugen. Haben erst einmal alle Arbeiter diese Ueberzeugung, dann ist es nicht schwer, die kapitalistische Produktionsform in die sozialistische umzuwandeln.

Doch vorerst wollen wir auf das zunächst sieg. „Die näher eingehen, und das sind die Nachteile, die uns Bäckergesellen in der sozialistischen Produktion, allerdings im Liebermannstadion nicht begreifen, entstehen werden. Wir haben vorerst unsere Tafel noch nach derzeitigen des Kapitalismus zu richten und diesem letzten Punkt sei zum Schlusse noch einige Aufmerksamkeit geschenkt.

Gewiß steht jeder Kollege es ein, daß sich an unserem Berufe die einheimische Änderungen vollziehen, aber die meisten sind nicht in der Lage, alles und jedes Moment zu begreifen, daß an ihrem heutigen Berufe vorübergehend. Es gibt heute schon so viele Teilberufe vom Bäckerhandwerk, die alle den selben Namen „Rechtsanwalt und Notar“ tragen: so z. B. Kübel- und Überwabstof. Teigverarbeitungen, Brotverkäufer, u. s. w. Bäckerdienst ist noch ein Fach an das Bäckerhandwerk angegliedert, das jetzt mit der Entwicklung eines Großbetriebe zur Industrie wechselt. So meine die Feindkätelei: die Tatsache, daß diese fast Heraus einen Teil der Bäcker ist, ist zugleich ihr Ende. Ein fortlaufender, mechanischer Betrieb lohnt sich nicht, wenn alle

auf dreiviertel Stunden läuft. Außerdem bin ich gewohnt, solche Dörfer zu haben. Warum soll ich jetzt lassen, wo ich kann bin? Es ist doch mein Platz ausgelegtes Geld.“

„Wie was für einen Wagen fahren Sie?“ „Zündung 1 und 2.“ „Wie fahren nur eine Tour beisammen: die andere Tour müssen Sie laufen.“

„Na, ich werde mich beim Doctor beschweren...“ „Herr Doctor, ich komme vom Bureau. Mir wird mein Gehalt nicht bezahlt.“

„Ja, mein Lieber, bei Handverlegung die ganze Tour berechnet. Das sind Entwicklungen vom Reichs-Berichterstattung. Dagegen ist nichts zu machen.“

In dem Bäckerinnen erscheint ein Mann in den vier Jahren. Man sieht, daß er das Leben führt. Von meinem Schön tut ihm der Doctor zu: „Na, was bringen Sie denn neues? Sie sind doch älter?“

„Natürlich, Herr Doctor. Ich habe verfügt, zu erneuern. Drei Wochen in es angezogen. Da kann ich eine sogenannte „Bäcker-Arbeit“, aber auf der Seite habe ich es nicht aus mir meinetwegen, das, natürlich wenn man mit dem Leiter laufen will.“

„So, ja! Sie mal den Brief ab.“ „Der Fuß wird bewegt, nach verschiedenen Seiten hin gedreht.“

„Der Fuß ist sehr gut gebaut. Die ungewöhnlichen Belebungen das in Schreie. Der Fuß auf liegt wieder in Bewegung kommt. Wie Bewegung, verhindert Sie?“ Unterdessen wird im Nebenzimmer ein älterer Mann mühsam entkleidet. Seine Stimme ist lallend, das Auge lädt bei sehr gelitten, alles Schwindungserscheinungen. Er ist Baumwolle geworden durch eine Leuchtgasbeleuchtung, erklärt mit mein Nachbar. Wenn keine Angehörigen leben sind, so kann man die Hinterbliebenen. Wie ist der alte Mensch jetzt.“

„Wenn man so ein Kind sieht, ist man immer froh, wenn man wieder draußen ist.“ beginnt ein Mutter. „Die Hälfte von dem Kind kann verhindern werden, wenn ein wirklicher Bäckerarbeitsplatz vorhanden wäre, mit Kontrollen aus der Arbeitszeit.“ Und gerade wie sind berufen, hier eigentlich vorzugeben, weil wir das Kind am eigenen Verstand haben.“

Augenblicke mit einem und demselben Produktionsmittel andere Produkte hergestellt werden sollen. Dies genügt, zu behaupten, daß die Bäckerei näher an der Industrie ist, als die große Mehrzahl selbst der klügeren Köpfe es ahnt. Auf alle Fälle aber müssen wir Gefallen auf der Hut sein und rücksichtsweise unsere Organisation ausbauen, damit wir überall wertvolle Verbesserungen erreichen, die unserem Loe eine anderes Gepräge verleihen. — Ein Nebel allerdings, das mit der Verschaffung des Handwerkes zur Industrie und mit der Begrenzung der Kraftarbeit durch die Mechanik unbedingt eintreten muß, können wir nicht abwehren, auch dann nicht, wenn das Handwerk Industrie ist. Es ist dies die Frauenarbeit. Man wundere sich ja nicht hierüber; es ist die ernsteste Tatsache, daß Beispiel anderer Berufe muß uns vollauf genügen. Wenn die Bäckerei sich zur Industrie entwickelt hat, und so lange der Kapitalismus mit unserer Arbeitskraft schachert, so lange ist er auch unser wirtschaftlicher Gegner, den wir bekämpfen müssen! Kapital allerdings benötigen auch die sozialistischen Betriebe da heute und in Zukunft nichts mehr einzufangen ist, aber das erzeugt die Arbeit und so brauchen auch wir nach und nach unsere Kapitalvorräte nicht mehr! — Dem Kapitalismus aber ein feiges Ende.

## In der Heimat.

Wie bekämpfen wir die übergroße Lehrlingszüchterei in unserem Berufe am besten? Wie oft hat nicht schon dieses Thema als Hauptpunkt auf der Tagesordnung in den Versammlungen unserer meisten Mitgliedschaften gestanden und was ist nicht schon alles darüber geschrieben worden! Und doch, erblide ich heute die großen Fässer, welche einzelne Städte noch immer als die Zahl ihrer Bäckereihilfslinge angeben, so überflutet es mich, als ob trotz aller Agitation, die in Verhandlungen, in Broschüren, in Tausenden von Flugblättern und nicht zu wenigen in unseren Fachorganen gegen diese Unsitte in unserem Berufe getrieben wurde, heute die Zahl der Lehrlinge eine bis jetzt nie erreichte Höhe angenommen hätte, als ob für die zukünftigen Meister heute erst die Blütezeit dieses Geschäftszweiges beginnen sollte. Mancher Kollege, der in Städten mit jahrelang hoher Lehrlingszahl gelernt und bis jetzt gearbeitet hat, wird sich eine Stadt, in der nicht mindestens hundert Lehrlinge als Gehilfen sind, überhaupt nicht vorstellen können. Und doch haben wir einige Städte, wo die Zahl der Lehrlinge gegenüber den Geschäften eine niedrigere ist, wo von einer Lehrlingszüchterei nicht die Rede sein kann. Die Meister dieser Städte sollten in dieser Beziehung ihren Kollegen in ganz Deutschland zum Vorbilde dienen und die Behauptung geraten, ich mir sicher auszustellen, daß die Meister keinesfalls mit ihren Lehrlingen bestehenden Kollegen konkurrieren würden. Obwohl dort durchschnittlich bei der höchste Lohn von ganz Deutschland bezahlt wird, würde sich doch kaum ein Meister finden, der sich mit seinem Geschäft, in dem er, ich will sagen, zwei Gehilfen hält, nach einer solchen Stadt mit großer Lehrlingszüchterei bereit wäre, obgleich er dort vielleicht den Lohn hören und die Arbeit von drei oder vier Lehrlingen machen könnte; denn es ist natürlich, daß dort, wo die Herstellung der Ware sehr billig ermöglicht ist — sei es durch höchst einfache Geschäfte oder durch Lehrfrage — auch die größte Preisschwäche und Schleuderförderung herrscht. Abermals kommt es noch vor, daß in einzelnen kleinen Städten die Sättigungen noch vorhanden sind, den Preis in der Höhe zu halten; doch wenn der Fleischerei Kaufmann in seinem 30. Jahresbericht erwähnt, daß im Jahre 1903 in Dresden das Brot ganz bedeutend billiger war, als in anderen Städten, so ist das der klare Beweis für meine Behauptung.

Doch dieses Thema will ich hier nicht erörtern, sondern ich möchte in nachstehendem den Kollegen einen Hinweis geben, wonach der Lehrlingszüchterei entgegenzuwirken zu suchen ist. Da die Lehrlingszüchterei das Grundziel aller Babel in unserer Berufe ist, kann die Frage jetzt nicht so gern erörtert werden und jeder Kollege, der glaubt, mit irgend etwas auch nur die kleinste Waffe zum Kampf gegen sie bewaffnet zu können, sollte dieses in Zukunft zur Bekämpfung dringen. Diese Bekämpfung würde in erster Linie, das einzuhaltens in den beiden Maßnahmen vorliegende einen klaren Begriff Lehrlingszüchterei eröffnen könnte.

Um genauerer Angabe den Kollegen auch möglichster und deutlich verständlicher zu führen, will ich vorerst kurz skizzieren, wie in meiner Heimat die „Kontrolle“, denn eine habe wer es kann, Bäder zu werden, entsteht. Denn nur die Erfahrung, die ich von damals her noch im Gedächtnis habe, brüder mir die Feder in die Hand.

Schon aus einem kleinen Berufe auf dem kleinen Platz, dessen Geschäftsführer gleich breiter der gesamten Bäckerei zum allgemeinen Ziel verantwortliche Regierung geworden ist, kam es zu einer Reihe von Arbeitserwerb, ein Paratente aus einem kleinen Bäckereibetrieb, der die Leute zu seinen Bäckern, als er mit einem Teil seiner Bäckerei nach Dresden kam, ließ er auch genau erklären, daß all diese Schärfe und Güte, daß er in der Stadt hatte. Die Folge waren die nächsten Jahre zahlreiche Befriedigungen und zwar aus zweier Daraus. Zuerst wurden in der Stadt viele neue Kollegen, die auf dem ganzen Sachsenlande waren und in der Stadt arbeiteten. Diese machten dabei fast nichts Gutes, denn auf dem Platz standen diese Kollegen und sie der Rest eine Stelle in der Stadt und kein Bäckereibetrieb in der Stadt möglich, und sie einer Jungen vom Platz befahl, daß es genau bestimmt sei, daß sie zum einen Bäckerei, zum anderen Bäckerei und Bäckerei zum dritten Bäckerei, bis sie eben keinen, was dem guten Geschäftsbetrieb und keinen älteren kleinen Geschäften. Somit kam es zu einer Sättigung, auch einmal so gute Geschäfte eines zu haben, und einige Jahre lang konnte man reden, daß manches jetzt keine bessere Möglichkeit hatte, Bäcker zu werden.

Es kam jedoch, daß jüngstes, da nun diese Geschäfte nicht mehr werden konnten, das gewöhnlich zum den Bäckerei entstehen, aber das von dem in der Stadt befindlichen Bäckerei verhinderte keinen neuen Bäckerei innerhalb der Stadt, sondern darüber hinaus, und zwar in einem bestimmten Raum nach der Seite entfernt. Sozusagen die Bäckerei verhinderte, daß jüngstes Bäckerei weiteren Entwickelung, was im Bäckerei entstand, so dass es nur sehr zu große Kosten für die Bäckerei, denn sehr oft war sehr zu große Kosten, die dafür keine entsprechende Rendite brachte.

Als ich diese Nachricht empfing, verlor ich mich in die Schwere und weinte bitterlich. (Nicht wie oft habe ich es schon bereut!) Als dann die ersten ausgelernt hatten und zu Hause von den „hohen“ Löhnen erzählten, kam es noch schwächer. Denn waren es bis dahin nur die Söhne wohlhabender, so kamen jetzt die der ärmeren Leute auch noch hinzu. Weiß es bis dahin, „Unter Sohn kann selbst einmal Meister werden — denn das ist ja leicht, weil jeder Mann Brot haben muß! Fleisch und Wurst kann der Mensch entbehren, aber Brot — das muß sein, selbst in Hungersnöten und daher die Leichtigkeit, Meister zu werden.“ — so sagten jetzt die Männer. Da verdienten ihre Söhne später mehr als wenn sie Kredit auf dem Lande sind und deshalb durften dann auch deren Söhne Bäcker lernen.

Doch alles hat seine Grenzen und so rasch wie diese Narretei entstand, verschwand sie auch wieder. Zur Ehre der Händler muß gesagt werden, daß sie es überhaupt ganz ehrlich gemeint haben mögen, denn einer ließ seinen Sohn selbst Bäcker werden und sie vermittelten ihm Anfang wirklich gute Stellen. Aber mit der Zeit ging das eben nicht mehr. Die vermittelten Stellen waren nicht mehr so gut und die jungen Stütze fanden sich in ihren Erwartungen arg getäuscht. Die Folge war, daß einige davon ließen und weinend in ihre Heimat kamen. Das breutet schon. Dann kamen einige frisch Ausgelernte wieder retour und erklärten, schwer als Bäckermeister wie als Bäckerjunge arbeiten zu wollen. Ferner wurde auf dem Lande bekannt, daß einzelne in der Stadt in die Fabrik gingen. Das waren Dinge, welche die Lust, Bäcker zu werden, ganz rapid zum Einklang brachten. Später kamen noch einige Radikalmittel hinzu, indem einer, der es voreilig schnell zum Meister brachte, auf dem rohdesten Wege wieder Flechte machte und durchkreuzte und von dem anderen ein Telegramm in der Heimat eingelassen sein soll, des ungeschickten Inhalts: „Schütt sofort Geld, weil arbeitslos oder ich erscheine mich.“ Das half und seitdem habe ich mit herzlich wenig Ausnahmen nicht mehr gehört, daß aus meiner Gegend einer Bäcker lernte.

Betrachte ich mir aber heute die Kollegen von damals, so finde ich, daß alles mögliche aus ihnen geworden ist. Wenn die Hälfte ist noch Bäcker und diese haben zum großen Teil auch schon irgend etwas anderes probiert, hatten aber kein Glück damit und sind dann zum „alten ehedaten Handwerk“ zurückgekehrt.

Kommt zu der Sache, welche die Kollegen daraus ziehen sollen. Gewiß standen der eine oder andere Leser dieser Zeilen aus einer jener Gegenden, wo heute noch für die bedeutendsten Meister ein reiches Feld ist, wo sie heute noch Lehrlinge in Halle und Hülle erhalten können. Und für diese Kollegen gelten diese Worte in erster Linie, denn in dieser Beziehung wird auch heute noch viel gesündigt. Wie oft kann man nicht von Kollegen hören, sie müßten sparen, weil sie in die Stadt wollen. Sind sie dann zu Hause, wird der „alte Herr“ oder „der alte“ auch der Praktikant gewählt. Den Mädchen gegenüber, von denen ausgetreten und ist es schließlich gar Kirchweih oder sonstiger Tanz, so erhält der „Herr Bäcker“ noch eine Extratour. Ist er dann wieder in die Stadt zurückgekehrt, so kann man von ihm sehr leicht Anhängerinnen holen, die „Sie habe den Zweck zu Hause noch verdeckt! Ich was haben die Bäcker gemacht, a. m. gestern, als ich mich noch verhalten sah, so wie ich es eben aus meiner Heimat brachte.“

Sch will ja nun damit absolut nicht sagen, daß alle einmal ihre Heimat besuchenden Kollegen dort den grusgrämigen, traurigen Grüßen spielen sollen. Auf keinen Fall! Aber macht man nicht mehr aus Euch, als Ihr seid. Nach vor allen Dingen die Eltern, die Söhne bezeichnen, welche ein Handwerk lernen wollen, um die Urahnachtmutter in unserem Berufe anzutreten! Man braucht ja nicht schwärzer zu färben als es offiziell ist. Unsere Bäckerei und wirklich ja schon schlecht genug. Sagt ihnen, daß sie ihrem Kind, wenn sie ihm Bäcker werden lassen, selbsts die Nachreise tunben; ihm sein wichtiger Sonntag und Feiertag mehr erscheinen wird; erzählt ihnen von den vielen Tanten, die das Handwerk schon an den Regel gehängt haben; von diesem und jenem Bekannten, welcher dies ebenfalls gemacht; möcht sie auf die vielen Arbeitslosen in unserem Berufe aufmerksam; sagt ihnen, wie schwer es heute ist, selbst einmal Meister zu werden; vergleicht anderen Beruf mit anderen und mit. Gerade in bezug auf das Verlieren des Berufes könnte ich Fälle mitteilen, wo Kollegen, die schon jahrelang nicht mehr auf dem Bäckerei arbeiten, dies ihren Angehörigen nicht mitteilen, sondern immer noch als Bäcker abzeichneten und gingen nie in ihre Heimat, dort die schönsten Bäckergeschichten zu erzählen wünschten.

Selbstverständlich sollen die Kollegen nicht von den oben erwähnten Bäckereiteilen Gebrauch machen, ebenso wenig wie sie in einem, einmal aus Not dazu gezwungen zu werden. Aber die anderen Rossmölje sollten sich alle Kollegen zu Hause nehmen und besonders natürlich des kommenden Frühlings den ausgiebigsten Getreid aufzutragen. Ganz gratis wird in dieser Beziehung noch manchmal etwas erreicht werden können, sei es sonst noch so wenig, und wird mit einigen Bäckern dadurch abgelehnt, Bäcker zu lernen, durch in der Zwischenzeit dieser Zeilen erreicht!

Christian Nöpke.

## Geschäftliches.

Der Konsumverein Aalen-Unterlohe betreibt über das alte Geschäftshaus. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 665 auf 682. Der Umsatz im Berichtsjahr betrug 129.923 M., in der Bäckerei 39.237 M., im Fleischerei 41.611 M., im Lebensmittelgeschäft 49.425 M., der Getreidemarkt 213.659 M. Der Reingewinn betrug 19.714 M., wovon auf die Bäckerei 6.697 M. entfielen.

Der Konsum-Obst- und Fleischerei betreibt im 12. Geschäftsjahr jährlich die Zahl der Mitglieder wie auch den Umsatz in beträchtlichem Maße. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 173 auf 314, während der Umsatz gegenüber dem Berichtsjahr eine Steigerung von 19.241 M. erfuhr und auf 49.239 M. belief. Der beträchtliche Mitgliederzuwachs zeigte den entsprechenden Betrag von 459.45 M. Die Bäckerei hatte einen Umsatz von 14.948 M. und erzielte einen Reingewinn von 264 M. bei 1167 M. Arbeitsstunden. Es wurden 12 Tausend Kürbisse zur Bereitung.

Der Getreidemarkt Tübingen berichtet über das 21. Geschäftsjahr, in dem jetzt die Zahl der Mitglieder

etwas zurückging, der Umsatz aber nichtsdestoweniger beträchtlich stieg. Der Mitgliederbestand fiel von 1214 auf 1195, indem 115 Mitglieder austreten, während nur 98 neue Genossen gewonnen wurden. Der Umsatz betrug im eigenen Geschäft 382.890 M., 55.790 M. mehr als im Vorjahr. Die Steigerung ist im wesentlichen auf die Errichtung einer Verkaufsstelle in Deuben und auf das Ergebnis der neuen Bäckerei zurückzuführen. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag erreichte die Höhe von 320.41 M. Der Umsatz im Lieferantengeschäft betrug nur 28.862 M., der schon in dem eigenen Geschäftsbetrieb enthaltene Umsatz der Bäckerei dagegen 84.42 M. Es wurden von der Bäckerei 51.928 M. Brote a 80 Pf. hergestellt, außerdem für 6495 M. Weizware. An Bäckerlöhnen usw. sind 3645 M. gezahlt worden. Im Durchschnitt wurden aus 100 Pfund Roggenmehl 142 Pfund Brot gebäckt. Der Rentner des verbrauchten Roggenmehls kostete beim Verein im Durchschnitt 9.30 M. Das Geschäftsjahr brachte dem Verein 59.785 M. Brüngewinn, wovon 18 Prozent Dividende verteilt werden.

Der Konsumverein Hildesheim hieß am 21. März eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach dem von dem lebigen Geschäftsführer, Herrn Schwedt, erstatteten Geschäftsbericht betrug der Umsatz im Vorjahr 250.777 M. gegen 304.525 M. im vorhergehenden Jahre. Von dem Umsatz entfallen 80.582 M. gegen 90.972 M. im Vorjahr auf die Bäckerei. Die Zahl der Mitglieder betrug 989. Ein Brüngewinn ist im vergangenen Jahre nicht erzielt worden, vielmehr mußten die Reserven mit zur Deckung des Verlustes herangezogen werden. Es konnte daher eine Rückvergütung nicht verteilt werden. Es besteht jedoch begründete Hoffnung, daß der Zustand überwunden und daß der Verein sich jetzt wieder in befriedigender Weise entwickeln wird.

Der Konsumverein Weimar hieß am 20. März seine Generalversammlung ab. Nach dem von Herrn Direktor Kolbe erstatteten Geschäftsbericht ist das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahrs durchaus befriedigend. Der Umsatz betrug im eigenen Geschäft 307.380 M. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 1461. Nach reichlichen Abschreibungen verblieb ein Brüngewinn von 40.807 M. Es werden 10 Prozent Rückvergütung auf den Umsatz im eigenen Geschäft und 5 Prozent Rückvergütung auf den Umsatz im Lieferantengeschäft verteilt. — In der Diskussion wurde angeregt, bei den fortgesetzten Treibereien gegen den Konsumverein Mittel und Wege zur Selbsthilfe zu finden. Die Errichtung einer eigenen Bäckerei und Fleischerei ist bereits mehrfach im Ausschußrat und Vorstand beraten worden.

Der Konsumverein Neustadt-Magdeburg hieß am 20. März seine Generalversammlung ab. Nach dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht betrug die Mitgliederzahl am Anfang des Geschäftsjahrs 17.629. Während des Geschäftsjahrs sind neu beigetreten 818 Mitglieder und ausgeschieden durch Kündigung 3445, durch Ausziehung 177, durch Übereignung des Geschäftsguthabens nach § 76 des 3787 Mitgliedsvertrages 4 und durch den Tod 161, zusammen des neuen Geschäftsjahrs — Genossenschaft für den Anfang. Die ausgeschiedenen Mitglieder kündigten vorher verbleben sind. Die durch die bekannten Verfügungen der Ausschüsse ausgewählten wurden, ihre Mitgliedschaft beim Konsumverein aufgehoben. Der Gesamtumsatz des Geschäftsjahrs 1902/03 beträgt 4.881.799.44 Mark, davon 5.581.142.52 M. im Jahre 1903. Der Umsatz hat also einen Rückgang von rund 650.000 M. erfahren. Der Bruttouberschuss betrug bei dem Verkauf von Bäckerei 599.246.98 M., bei der Bäckerei 257.141.89 M., bei dem Verkauf von Brennmaterialien 16.054.75 M. und von Brauholz belohnt 10.031.87 M., der Ertrag an allgemeinen Büchern 10.719.85 M. und von den drei Grundstücken 54.39.68 Mark, der Ertrag der Rabattrechnung und Ertrag für fehlende Gegenmarken 1698.31 M., so daß sich das Gesamtresultat um 900.333.35 M. beläuft. Demgegenüber stellen sich die allgemeinen Umläufe auf 396.374.65 M. und die Umläufe beim Brennmaterialienverkauf auf 760.95 M.; für Abdrückungen wurden 43.522.17 M. eingesetzt. Nach Abzug dieser Posten ergibt sich ein reiner Geschäftsertrag von 452.835.58 M. Von dem Rückgang des Geschäftsergebnisses in die Bäckerei am wenigsten betroffen worden. In der Weizbäckerei wurde sogar ein Mehrumsatz von 22.000 M. erzielt. — Bereits hat auch eine energische und planmäßige Agitation unter der Arbeiterschaft für den Verein eingelebt und die Mitgliederwerbung bald durch mehr Mitglieder aus Arbeiters Kreisen wieder weit gemacht werden.

## Arbeiterversicherung.

Zuständigkeit bei Heilversahren der Versicherungsanstalten. Zu Schwierigkeiten führt bisher öfters die Frage der Zuständigkeit zur Durchführung eines Heilversahrens mit Versicherten, welche Beiträge an verschiedene Versicherungsanstalten geleistet hatten. Um diese zu vereinfachen, haben die Vertreter sämtlicher Versicherungsanstalten auf der Konferenz zu Hannover am 27. Mai 1904 folgende im Verwaltungsbereich bei der Weltausstellung für 1903 mitgeteilten Grundsätze vereinbart:

1. Die Übernahme des Heilversahrens ist in erster Linie Aufgabe der Versicherungsanstalt des Wohnortes des betreffenden Versicherten oder Rentenempfängers zur Zeit der Auftragstellung. In Ermangelung eines Wohnortes gilt der Aufenthaltsort.

Falls Beitragsmarken der Versicherungsanstalt des Wohnortes oder Aufenthaltsortes überhaupt nicht verwendet sind, ist die Versicherungsanstalt des letzten Beschäftigungsortes zuständig.

2. Sollte sich bei Eingang des Auftrages heraus, daß Beitragsmarken derjenigen Ansicht, um welche der Auftrag gerichtet ist, oder einer anderen Ansicht, rückständig oder zu Unrecht verwendet sind, so ist die nach Berichtigung der Beitragsleistung begründete Zuständigkeit entscheidend.

3. Unter besonders schwierigen Verhältnissen, namentlich dann, wenn eine erhebliche Anzahl von Versicherten von ihrem Wohnort aus in dem benachbarten Gebiet einer anderen Versicherungsanstalt ständigem Beruf ausübt, sind von den Gründchen unter 2 und 3 abweichende Sonderabkommen zwischen den beteiligten Versicherungsanstalten als zulässig zu erachten.

4. Die zuständige Versicherungsanstalt führt das Heilversahren nach den bei ihr geltenden Grundsätzen durch und trägt die gesamten Kosten allein.

5. Vorliegende Grundsätze treten sofort in Kraft und gelten vorsichtig für 3 Jahre.